

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: Nachrichten Dresden.
Verantwortl. Redakteur: Hermann
Kunze, Dresden, Poststr. 10.

Bezugs-Geblühr
Anzeigen-Preise.

In Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zutragung oder durch die Post bei täglich zweimaliger Verladung monatlich 21.- M., vierteljährlich 63.- M.
Die einjährige 32 mal dreier Teile 5.- M. (mit Familienangehörigen, Einzelnen unter
Stellen- u. Wohnungsanzeigen, 1 Spalte 25.- u. Verkäufe 25.- M. Vorkaufspreise laut
Zert. Auswärtige Zustände gegen Vorkaufspreise. Einzelnummer 1 M.

Schriftleitung und Hauptvertriebsstelle:
Merkelstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Neff & Reichardt in Dresden.
Postfach-Nr. 1066 Dresden.

Abdruck nur mit beifolgender Genehmigung („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unsererange Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Schloß-Konditorei Weber
Schloßstraße 19
(neben St.-Glocken)

Erstes Tages-Café mit feinen Konditorei-Spezialitäten

Bücher-Bibliotheken
Kupferstiche, Handzeichnungen, auch große Objekte, kauft
Buchhandlung v. Zahn & Jaensch
Waisenhausstraße 10, neben dem Central-Theater

Königsdielen
14 Königstraße 14
Vornehmes Restaurant

Anzeichen für Revision des Versailler Vertrags?

Deutungsversuche der Absichten
Lloyd Georges.

(Wagner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten“)
Genève, 27. April. Die plötzliche Kurcung Lloyd Georges gibt in Genève in den Kreisen zu allerlei Kombinationen Veranlassung. Auch in den Kreisen der englischen und italienischen Delegierten ist man über die wahren Absichten Lloyd Georges nicht hinlänglich unterrichtet oder man bemüht sich, um die vielen Absprachen abzuwehren, sich ununterrichtet zu zeigen. Aber es bleibt eine Tatsache, daß auch von diesen Delegierten die Vermutung, daß man in der Besprechung der Signatarmächte ernst an eine Revision des Versailler Vertrages gehen werde, nicht dementiert werden. Man ist überall der Auffassung, daß zusammen mit der Reparationsfrage der Versailler Vertrag einer eingehenden Erörterung unterzogen werden müsse und glaubt somit urteilen zu können, daß die ganze Haltung Lloyd Georges darauf schließen lasse, daß es ihm notwendig erscheine, wesentliche Änderungen im Versailler Vertrag durchzuführen. Man werde abwarten müssen, wieweit sich die Gerüchte bestätigen. Heute ist jedenfalls alles auf diese Gerüchte eingestellt und die polnische Antwort an Tschischewin spielt heute wie andere Fragen nur eine untergeordnete Rolle. Von Krisen spricht man nicht mehr; man ist vielmehr der Ansicht, daß Deutschland nicht nur den russischen Vertrag aus Genève heimzunehmen werde, sondern auch wesentliche Erleichterungen in der Reparationsfrage und wesentliche Änderungen des Versailler Vertrages.

Lloyd Georges Propaganda für einen Friedenspakt.
London, 27. April. In seiner Rede an die englischen und amerikanischen Journalisten erklärte Lloyd George den „Daily News“ zufolge, weiter:
Die Alliierten wären glücklich gewesen, sie hätten einen großen Krieg gewonnen, aber solche Dinge dauerten nicht lange. Es gebe Vorkämpfer, die das Verbrechen, die Weltkatastrophe herbeizuführen, nicht leben und ihren eigenen Fein, ihre eigene Politik und ihre eigenen Sonderinteressen durchsetzen wollten. Das würde der Welt zum Unheil gereichen, und in dieses Unheil würde auch Amerika hineingezogen werden. Ohne Friedenspakt würden alle, die jetzt hier noch freundlich um den Tisch sitzen, ihr eigenes Unheil und auch das ihrer Aider mit sich durchleben müssen.
Ueber die Rede gibt die „Chicago Tribune“ noch folgenden Bericht: Lloyd George sprach von der Möglichkeit eines neuen Weltkrieges, wenn die in Europa bestehende Unruhe nicht beseitigt werde. Der große Krieg habe viele Fragen ungelöst gelassen, wodurch die Welt zu einem neuen Kriege beständen. Die östlichen Grenzen Europas seien noch nicht

festgesetzt. Ueber diejenige Polen, Litauen und Rumänien wird noch geredet, und dadurch könnte ein neuer Krieg entstehen. Die Vereinigten Staaten würden, ob sie es wünschten oder nicht, in diesen neuen Krieg mit hineingezogen werden, genau so, wie sie in den letzten Krieg hineingezogen wurden. Die Siegermächte dürften nicht versuchen, die Besiegten zu quälen. Schon vor längerer Zeit habe Lloyd George vor der Gefahr eindringlich gewarnt, die entstehen würde, wenn Deutschland und Rußland in ihrer Not ein Bündnis miteinander schloßen. Dadurch entstünde dann die Gefahr einer neuen Invasion. Man dürfe die Gewalt nicht mißbrauchen und nicht vergessen, daß der Sieg den Alliierten wieder entzogen werden könnte. Die Aussichten eines alleuropäischen Vertrages seien wesentlich für den Erfolg der Konferenz. Ohne diesen müsse man für die Zukunft Europas und der Welt fürchten.

Rathenau zur Rede Lloyd Georges.
Genève, 27. April. (Spezialbericht des Vertreters des B. L. B.) Reichsminister Dr. Rathenau erklärte vor Pressevertretern zu der Rede Lloyd Georges: Hinter jedem Plan, der dem wirklichen Frieden der Welt dient, auf der Grundlage wahrer Gerechtigkeit und gleichmächtiger Pflichten und Rechte aller Nationen wird auch Deutschland stehen und helfen, ihm Erfolg zu verschaffen. Wenn es gelang, ein solches Werk durchzuführen, werden sich alle glücklich schätzen, die an der Konferenz teilgenommen haben.

Eine Vollziehung zur Beratung des europäischen Paktes.
Genève, 27. April. Am Montag findet wahrscheinlich eine Vollziehung der Konferenz statt, auf der Lloyd George im Einverständnis mit den Alliierten seinen europäischen Pakt einbringen wird. Er soll beschließen, dies auch unabhängig von dem Gang der Verhandlungen mit Rußland zu tun.

London, 27. April. Der Berichtshatter des „Daily Chronicle“ in Genève schreibt zur Frage des Burgfriedenpakt, Frankreich habe klar erkennen lassen, daß es auf seinem ausdrücklichen Vorbehalt bestehen werde, bezüglich des Rechts der Alliierten, Deutschland Sanktionen aufzuerlegen. Was werde jedoch Deutschland sagen? Deutschland habe das Recht der Alliierten, Sanktionen anzuwenden, nie anerkannt. Es werde daher nicht leicht sein, die Unterzeichnung Deutschlands dazu zu erhalten. Der britische Standpunkt sei bisher gewesen, daß Sanktionen dem Geiste des Abkommens entgegenstehen seien und daß die Zeit gekommen sei, zu einem Zustand zurückzuführen, wo das Wort einer Nation binde, und daß die Einführung von Sanktionen militärische Gedanken einführe. (B. L. B.)

Frankreich und die Tagung des Obersten Rates.

Die Bedingungen des Ministerrates für die Einberufung.

Paris, 27. April. Die Agence Havas meldet: Unter den aus Genève eingetroffenen Telegrammen, die heute nachmittag dem Ministerrat unterbreitet wurden, befindet sich eins, das besonders die Aufmerksamkeit der Mitglieder der Regierung fesselte. Es ist ein Telegramm, in dem Barthou über seine gefixte Besprechung mit Lloyd George berichtet und dem Chef der französischen Regierung Mitteilung macht von der Forderung des britischen Ministerpräsidenten, den Obersten Rat nach Genève einzuberufen. Der über diesen Punkt befragte Kabinettsrat gab keine Zustimmung zu der Forderung, die der Ministerpräsident in dieser Angelegenheit einnehmen will und die etwa die folgende sein wird:
Man kann eine Teilnahme des Chefs der französischen Regierung an der Tagung des Obersten Rates nur in einem der beiden gestern erwähnten Fälle in Erwägung ziehen. Die Verammlung wird entweder in Genève nach der Rückkehr Rathenaus nach Frankreich stattfinden, oder in Paris vor diesem Datum (8. Mai). Ferner können sich die Beratungen des Obersten Rates nicht auf die Fragen beziehen, die gegenwärtig den Reparationsverhandlungen beschäftigen. Es ist keine Sache, sich über die Beziehungen Deutschlands gegenüber seinen Reparationsverpflichtungen auszusprechen. Man muß daher über den 31. Mai hinaus warten, um unter den Alliierten die Maßnahmen zu prüfen, die durch die Entscheidung hervorgerufen werden könnten, die der Reparationsausschuß nach diesem Datum im Falle einer festgestellten Verletzung des deutschen Reiches fassen werde. Was die Prüfung des deutsch-russischen Abkommens mit Bezug auf die bestehenden Verträge anbetreffe, so würde der Ministerpräsident diese zweifellos nicht ablehnen, wenn sie der einzige Gegenstand der Beratungen bleiben und die Einberufung des Obersten Rates in einem Ort und zu einer Zeit erfolgen würde, die für Poincaré annehmbar sind. Inherdem würde er mit Genugtuung die Mitarbeit der kleinen Entente und Polens anerkennen, aber die deutsche Abordnung müßte nach seiner Ansicht vollständig von der Verammlung ausgeschlossen sein. Bisher hat Poincaré noch keine persönliche Einladung nach Genève erhalten. (B. L. B.)

Die Aengste des „Temps“.

Paris, 27. April. „Temps“ nennt den Vorschlag Lloyd Georges, den Obersten Rat der Alliierten nach Genève einzuberufen, einen Zorpedo. Es scheint, daß Lloyd George die anderen Alliierten befragt habe, vielleicht auch Deutschland selbst, bevor er Frankreich die Einberufung des Obersten Rates, der sich mit den Reparationen beschäftigen soll, vorschlagen habe. Wenn der Vorschlag ein Einberufungsmandat gegen Frankreich darstellen sollte, wäre es überflüssig, ihn zu erörtern. Wenn man in Genève sagen wollte, sei es unvermeidlich, daß Barthou, Tschischewin und Rasowski eingreifen, wenn man den Vertrag von Rapallo bespreche. Entweder wolle Lloyd George, daß die Alliierten unter sich über ihre Haltung berieten, dann wären die Verhandlungen in der Reparationskommission und vor allem in der Vorkonferenz viel eher am Platze, als im Obersten Rate, oder aber Lloyd George, der die Vorkonferenz nicht habe verhindern können, getrennt mit Deutschland zu verhandeln, wolle jetzt Deutschland an den Verhandlungen der Alliierten mit den Bolschewiken beteiligen. Es ist nicht recht einzusehen, wie dieser Plan mit dem Verleite der Alliierten an die deutsche Delegation vom Sonnabend im Einklang steht. In der Reparationsfrage habe Frankreich die Pflicht, den Vertrag aufrechtzuerhalten, in seinem Interesse und im Interesse aller anderen Alliierten und des europäischen Friedens. Tatsache man die Reparationen an, dann werde man auch nicht abgern, die Grenzen umzugestalten. — Auch „Liberté“ stellt die Frage: Warum einen Obersten Rat? Demitt Poincaré sich über seine Rede von Par-le-Duc ausdrücke? Es ist nicht möglich, eine Verammlung abzuhalten, die den Ansehen eines Tribunals annehmen könnte. — „Journal des Débats“ schreibt: Lloyd George kommt auf einem Umwege auf seine ursprüngliche Absicht, die Reparationsfrage in Genève behandeln zu lassen, zurück. Frankreich sei bereit, sich vertraulich mit seinen Alliierten über die Folgen eines Verzuges von Seiten Deutschlands am 31. Mai auszusprechen, aber die Atmosphäre von Genève sei verpestet. (1) Wenn inmitten dieses Nebels von Genève ein Oberster Rat insallert werde und wenn man mit den Konferenzenarbeiten bis zu einer Einigung in der Sanktionsfrage marie, lege man sich der Gefahr aus, die Konferenz untergeben zu lassen. Man werde dann Frankreich diesen Ausweg andeuten. (B. L. B.)

Die Klippe des Privateigentums beim Ausgleich mit Rußland.

Es leuchtet ohne weiteres ein, daß die internationalen Kapitalmächte niemals das selbstlichere Vertrauen, das zu dem großen Werke der Wiedereinführung des russischen Mielenreiches in den europäischen Wirtschaftsraum erforderlich ist, im vollen Maße gewinnen können, wenn ihnen nicht ausreichende Gewähr dafür geboten wird, daß die Grundlage jeder geschäftlichen Betätigung nach normalen bürgerlichen Begriffen, die Unverletzlichkeit des Privateigentums mit allen daraus abzuleitenden Folgerungen für Vergangenheit und Zukunft, fest und unverrückbar bestehen bleibt. Die weiteuropäischen Mächte haben daher von Rußland nach dieser Richtung Garantien verlangt. Deutschland hat diese Klippe in dem Rapallovertrage dadurch umschifft, daß es unter dem Vorbehalt der gleichen Behandlung aller anderen Mächte auf alle in der Genes-Entschickung und dem Londoner Memorandum aufgestellten Erfordernisse verzichtete und auch die Frage, nie es in Zukunft mit dem fremden Privateigentum in Rußland gehalten werden soll, zunächst unerörtert ließ. Auf den ersten Blick könnte es befremdlich erscheinen, daß die deutschen Unterhändler eine Sache von so grundlegender Wichtigkeit in der Schwelbe gelassen haben. Es ist aber zu bedenken, daß es für uns in erster Linie darauf ankam, ohne weiteres Abgern von dem Art. 118 des Versailler Vertrages befreit zu werden, der Rußland Reparationsrechte auftricht. Solange dieses Damoklesschwert über unserem Haupte hing, waren wir der schweren Gefahr ausgesetzt, daß die Alliierten den Art. 118 als Mittel benutzten, um Rußland auf ihre Seite zu locken und so die Abschmürung Deutschlands im Osten zu vollenden. Das mühte um jeden Preis verhindert werden, und deshalb blieb uns keine Wahl, als die Frage des Privateigentums einzuwickeln zurückzuführen, um die russische Gegenleistung des Verzicht auf Art. 118 in Empfang nehmen zu können. Die wirtschaftspolitische Bedeutung der Sicherstellung des Privateigentums für fremde Unternehmen in Rußland fällt aber grundsätzlich für Deutschland genau so schwer ins Gewicht, wie für die Alliierten.

Den russischen Standpunkt hat Tschischewin bei den Kommissionsverhandlungen in Genève dahin festgelegt, daß die Sowjetregierung im Punkte der Nichtanerkennung des Privateigentums auf ihrem Schein bestehen und jede Nachgiebigkeit ablehnen müsse. Tschischewin erklärte, die Arbeiter- und Bauernmassen Rußlands seien von der Idee Industraliebesitzes nationales Eigentum seien; der Grundfab der Nationalisierung ohne Entschädigung sei „eine jedem russischen Herzen teure Parole“ geworden. In privates Eigentum zurückzugeben wird daher nicht, was einmal vom Staate nationalisiert oder beschlagnahmt worden ist. Das einzige Gegenkommen, das die Russen hier zu bieten haben, besteht in der Gewährung eines Rußniehungsrechtes für frühere fremde Eigentümer, sowie in der Einführung eines gemischtwirtschaftlichen Systems, an dem der Staat und die privaten Unternehmer zugleich beteiligt sind. Wenn also a. B. vor dem Kriege ein fremder Industrieller in Rußland ein Bergwerk betrieben hat, so kann er es zur Bewirtschaftung zurückhalten in der Form der Verpachtung auf lange Zeit, und der Staat, der nominal Eigentümer bleibt, nimmt seinen Anteil in Gestalt sehr hoher Steuern. Bei den Unternehmen dagegen, deren Betrieb und Leitung in staatlicher Hand verbleibt, soll den fremden Kapitalisten ein ihrer finanziellen Beteiligung entsprechender Mitsprachungs- und Gewinnanspruch gewährt werden. Unter diesen Voraussetzungen ist Rußland bereit, das ausländische Kapital in großem Umfange heranzuziehen. Es handelt sich insbesondere um eine landwirtschaftliche Konzession über eine Fläche von 5 Millionen Hektar in Westsibirien, ferner um eine umfassende Wald- und Grubenkonzession, sowie um industrielle Konzessionen in der Zucker-, Papier-, Zement- und Kaphthaindustrie und im Abbau von Mineralien. Die dafür auszubringenden Summen belaufen sich schätzungsweise auf 3 Milliarden Goldmark, wovon der russische Staat ein Drittel übernehmen will. Da hiermit die Reihe der Konzessionen noch keineswegs erschöpft ist, so tritt die Abhängigkeit Rußlands von dem internationalen Gesamtkapital scharf hervor; ein einzelner Staat vermag nur wenig und kann nie für sich allein das Problem der wirtschaftlichen Wiederaufrichtung Rußlands lösen. Auch in der Industrie zeigt sich die eigene kapitalistische Ohnmacht Rußlands deutlich. Die Großunternehmer haben selbst die Nationalisierung gewünscht, weil der Privatbetrieb unter der Sowjetwirtschaft die Arbeiter nicht mehr ernähren und die Produktionsmittel nicht erhalten konnte. Einzelne Großbetriebe, die der Staat verpachten wollte, konnten keine russischen Abnehmer finden, weil das Privatkapital dazu nicht aufzubringen war. Der privatwirtschaftliche Betrieb in der Form der Verpachtung durch den Staat ist im heutigen Rußland nur noch für die kleinen Unternehmungen möglich, die verhältnismäßig wenig Mittel erfordern. Den Großbetrieb aber kann nur das ausländische Kapital wieder auf eigene Füße stellen.

Kredit- und Anzuchtfragen in den Kommissionen.

Die Regelung der Kreditgewährung durch die Genuefer Finanzkommission.

Genova, 27. April. Am Anstich an die Sitzung des Unter Ausschusses der Finanzkommission für Kreditfragen vom 24. d. M. hat der Redaktionsausschuss die verschiedenen Änderungsanträge zu Art. 37 und 38 des Londoner Memorandums zu einer einheitlichen Resolution zusammengefasst, die dem Unter Ausschuss für Kreditfragen in der Sitzung vom 25. d. M. vorgelegt wurde. Die Resolution stellt den Grundgedanken dar, dass eine Kreditgewährung der kapitalreichen Länder an die kreditbedürftigen Länder in der Regel von privaten Anleihen und nur in ganz besonderen Ausnahmefällen von Regierungen zu bewerkstelligen ist. Um das private Kapital kreditbereit zu machen, sind

Garantien

erforderlich, für die die Resolution unter Hinweis auf die bereits vorliegenden Beschlüsse der Unter Ausschüsse über Währungsfragen und Devisenverkehr folgende Resolutionen aufstellt:

Die ordentlichen Einnahmen und Ausgaben des Staatshaushalts müssen sich ausgleichen. Die außerordentlichen Ausgaben sollen fortwährend bis zur völligen Zurückführung der Ausgaben beschränkt werden. Sie dürfen nur dann durch Anleihen gedeckt werden, wenn es sich um werbende Anlagen handelt. Jeder Staat soll regelmäßig in kurzen Perioden genaue Aufstellungen über seine Finanzen veröffentlichen. Diese Aufstellungen sollen dem öffentlichen Verkehr zugänglich werden. Um die Gewährung von Krediten, sowohl von privaten Krediten, als auch, wenn es nötig ist, von Anleihen, den Regierungen zu erleichtern, soll unter möglichst voller Beteiligung der in Genue vertretenen Regierungen

ein internationales Konsortium

errichtet werden, dem nationale Konsortien der einzelnen Länder angegliedert werden. (Über die Aufgabe der Errichtung dieses Konsortiums berichtet wir bereits kurz. Die Red.) Diese Konsortien sollen, ohne ein Monopol in irgendeiner Richtung zu haben, die Möglichkeiten prüfen, die sich für den Wiederaufbau Europas bieten. Die Unternehmungen unterliegen, die dieses Ziel verfolgen, und zu diesem Zweck mit anderen Unternehmungen zusammenarbeiten.

Bei der Diskussion über diesen Resolutionsantrag stellte der belgische Delegierte seine bei der vorigen Sitzung geäußerten Anregungen annehmen dieses Vorschlages zurück. Da die Verhältnisse für seine Anregungen noch nicht reif seien. Der russische Delegierte gab ein sehr eingehendes statistisches Bild über den Mangel an landwirtschaftlichen und industriellen Produktion, des Eisenbahn- und Schiffverkehrs und die Lage des Handels in Russland. Er zog daraus den Schluss, dass die Landwirtschaft, die Industrie und das Transportwesen ohne Gewährung von Krediten nicht wieder aufgebaut werden können. Der Unter Ausschuss beschloß, der Finanzkommission die vorliegende Resolution zur Annahme vorzulegen. (W. Z. B.)

Um die Rückgabe des fremden Eigentums in Russland.

Genova, 27. April. Dem „Pavore“ zufolge beschloß sich die Sachverständigenkommission in der gestrigen Sitzung mit der Abgabe einer Denkschrift, die sich mit den von Russland zu erfüllenden Bestimmungen befaßt. Besonders lebhaft war die Erörterung über die Forderung der Rückgabe des nationalisierten fremden Eigentums. Die Italiener und Engländer sind einstimmig der Meinung, daß man sich auf die Garantie der Wiederherstellung des Wertes jedes Eigentums beschränken

solle, während die Franzosen und Belgier die absolute Rückgabe verlangten. Man nimmt an, daß die morgen eine Sitzung über diese Punkte erfolgt und die Denkschrift, nachdem sie der politischen Unterkommission zur Prüfung unterbreitet worden ist, sofort der russischen Delegation mit der Forderung einer möglichst schnellen Antwort übergeben werden kann. In den der russischen Delegation nahe stehenden Kreisen wird behauptet, daß Russland wohl kaum zum Abschluß eines Vertrages sich verstehen und daß es auf der Grundlage der bisherigen Verhandlungen versuchen werde, seine endgültige Stellungnahme bis zu einem Zeitpunkt hinaus zu schieben, wo für die Sowjetregierung insofern der sonstigen abgeschlossenen günstigen Verhandlungen größere Bewegungsfreiheit gegeben ist. (W. Z. B.)

Die nächste Note der Allierten an Russland.

London, 27. April. Eine heute nachmittag 2 Uhr aus Genue abgehende Reuter-Notiz besagt: Es verlautet, daß die Note der Allierten an Russland endgültig die Punkte festlegen werde, die zu denen die Allierte zu gehen bereit sind, um zu einer Realisation mit Russland zu gelangen, und daß sie eine Erklärung enthalten wird, nach der die Allierte eine unbegrenzte Erörterung der russischen Frage nicht zulassen werden. Wahrscheinlich wird die Note den Russen am Montag zugeht werden. (W. Z. B.)

Das Ziel der deutsch-russischen Politik.

Paris, 27. April. Tschischewin hat sich einem Sondervertratte des „Temps“ in Genue gegenüber dahin ausgesprochen, daß die Allierten, die man angeblich an aggressiven Politik Deutschlands und Russlands an die Wand walle, im Grunde genommen nur die Verärgerung ihrer Bekümmerten angeht der russischen Haltung in der Frage des Privateigentums zum Ausdruck brachten. Die wahre Bedeutung des deutsch-russischen Abkommens sei, daß es den Grundgedanken der Streikung aller einseitigen Forderungen aufhebe, daß es, mit einem Wort gesagt, zwischen den Vertragschließenden tabula rasa mache. Deutschland habe so einen Weg des Fortschritts für Europa beschritten, den einhalten, der zum Wiederaufbau führen könne. Tschischewin bemerkte in aller Form sämtliche Nachrichten über militärische Abmachungen zwischen Deutschland und Russland oder auch über denartige Verhandlungen, und sagte den Charakter der russisch-deutschen Politik in Genue wie folgt zusammen: Russland kapituliert nicht und wird nicht kapitulieren. Es wünscht die Versöhnung; die ganze Politik von heute, die darauf die Versöhnung, Russland mit der Aussicht auf ein aggressives Vorgehen seitens der Großmächte in Schrecken zu lassen, wird zu nichts führen. Die Parole wird sein: Versöhnung! Dieses Ziel hat Russland noch nie vor im Auge.

Millerand zum deutsch-russischen Vertrag.

Paris, 27. April. Millerand billigte gelegentlich seiner Ansprache in Philippeville (Algerien), über die wir bereits zum Teil berichtet haben, die Rede Poincarés in Bar-le-Duc. Unter Allierten und wir, fuhr er fort, werden den Triumph des Rechtes nicht in Frage stellen lassen. Unter Hinweis auf das Abkommen von Rapallo sagte er weiter aus, die Allierten hätten in dem Abkommen eine Warnung erkannt, die vielleicht nicht ohne Nutzen gemeint sei. Die Allierten seien einig und würden es auch so bleiben verbleiben, um angeht dieser Warnung alles zu befehlen, was die Bestimmungen des Vertrages von Versailles verleihe. Gestützt durch die freie Mitarbeit der während des Krieges neutral gebliebenen Völker werde Frankreich nach wie vor mit seiner ganzen Intelligenz und seinem ganzen Verstand am Werke des Friedens mitarbeiten, ohne einen anderen Hintergedanken, als den, zusammen mit seinen eigenen Interessen diejenigen ganz Europas sicherzustellen. Er persönlich zweifle nicht am Erfolge. (W. Z. B.)

Der Prozeß Fehrenbach.

München, 27. April. Vor dem Schöffengericht des Amtsgerichts München I wurde heute der Verleumdungsprozeß des Kaufmanns Felix Fehrenbach, des früheren Privatsekretärs Eisners, gegen den Herausgeber der „Süddeutschen Monatshefte“, Prof. Cohnmann, dem verantwortlichen Schriftleiter der „Neuest. Nachr.“, Emanuel Müller, den Hauptgeschäftsführer des „Bayr. Cour.“, Eberhard, und den Schriftleiter Dr. Adlmaier vom „Bayr. Vaterland“ verhandelt. Die Witwe Eisners war kommissarisch vernommen worden. Die Verhandlung soll sich auf die Beantwortung der folgenden beiden Fragen beschränken: 1. Ob eine Falschung vor und was diese Falschung von Nachteil auf den Friedenschluß? 2. Ob der Privatkläger diese Falschung begangen? Der Privatkläger behauptet ein solches, den Bericht selbst zu haben. Dies sei nicht mehr von Eisner selbst geschrieben. Die Witwe Eisners erklärte, nichts davon zu wissen, daß sie Fehrenbach als Urheber der Falschung genannt habe. (W. Z. B.)

München, 27. April. In dem Prozeß Fehrenbach gegen Prof. Cohnmann („Südd. Monatshefte“) leitete der Rechtsbeistand des Privatklägers die Abhörung eines anwaltlichen Briefes des Gelehrten Grafen Verdenfeld vom 9. Dezember 1914 an den Ministerpräsidenten Grafen Hertling vor. In dieser Briefabhandlung, über deren Herkunft jede Auskunft verweigert wurde, heißt es: Er müsse bei der Behauptung bleiben, daß Deutschland von der österreichischen Aktion ebenso überrascht worden sei wie alle anderen Mächte, und es müsse daher auf alle Fälle bestritten werden, daß Graf Verdenfeld den Inhalt des Ultimatum an Serbien vor seiner Uebersetzung gekannt habe. Morgen soll Graf Verdenfeld in der Angelegenheit als Zeuge vernommen werden. (W. Z. B.)

Der Groß-Berliner Verkehr am 1. Mai.

Berlin, 27. April. Bei den Groß-Berliner Verkehrsanklagen wird augenblicklich darüber verhandelt, ob am 1. Mai ein beschränkter Verkehr der Straßenbahn, Hochbahn und der Omnibusgesellschaft stattfinden, oder ob die Verkehrsangelegenheiten sich an der Arbeit der Industrie beteiligen sollen. Die Gewerkschaften haben auch diesmal wieder den Wunsch geäußert, daß ein gewisser Verkehr aufrechterhalten wird, um den Teilnehmern an den Demonstrationen und Feiern die Möglichkeit zu geben, die Sammelpunkte zu erreichen. Der Verkehr auf der Berliner Stadt- und Vorortbahn wird schrittweise durchzuführen. Die Verhandlungen der städtischen Arbeiterkammer mit dem Magistrat haben dazu geführt, daß der Magistrat sich bereit erklärt hat, den städtischen Arbeitern Urlaub ohne Lohnzahlung zu gewähren. Die Versorgung mit Gas, Wasser und Elektrizität wird aufrechterhalten.

Ausfall des Schulunterrichts in Hessen.

Darmstadt, 27. April. Der heftige Staatspräsident Ulrich hat angeordnet, daß am 1. Mai in Hessen der Schulunterricht ausfällt. Wegen dieser Verfügung haben sowohl die Deutsche Volkspartei, wie auch die Demokratische Partei entschieden Stellung genommen. Diese Verfügung widerspreche dem Empfinden der Mehrheit des Volkes.

Neue Forderungen der Beamtengewerkschaften und Arbeiterorganisationen.

(Drahtmeldung unter Verliner Schriftleitung.) Berlin, 27. April. Heute fanden Besprechungen der einzelnen Beamtengewerkschaften und Arbeiterorganisationen statt, in denen die Forderung gemeinsamer Forderungen beschlossen wurde. Ein endgültiges Ergebnis wurde noch nicht erzielt, da man zunächst das Ergebnis der Verhandlungen zwischen den Finanzministern der Länder in Würzburg abwarten will.

Eine Entschließung der Rheinischen Zentrumspartei.

Berlin, 27. April. Die Rheinische Zentrumspartei hielt gestern in Königswinter eine außerordentliche Sitzung des Provinzialausschusses in Anwesenheit des Reichsministers Giesberts ab und nahm eine Entschließung an, in der es heißt: Reich und Rhein gehören in Kultur, Geschichte und Wirtschaft seit mehr als hundert Jahren untrennbar zusammen. Niemals werden wir die Erfüllung bestimmter Wünsche aus der Hand einer fremden Macht annehmen. Mehr als die Wünsche haben uns stets nationale Einheit des deutschen Volkes und die unverminderte Festigkeit des Deutschen Reiches bedeutet. Die im Vorjahr mit den Sanktionen gemachten Erfahrungen haben deutlich gezeigt, daß das wirtschaftliche Wohlbefinden des Rheinlandes unlöslich verknüpft ist mit seiner Zugehörigkeit zum Reich. Der unaufhaltsam fortschreitende wirtschaftliche Niedergang des Saarbezirks, dessen hartes Geschick wir mit tiefster Anteilnahme beklagen, läßt in dieser Hinsicht keinen Zweifel aufkommen.

Deutsche Geiseln bei französischen Waffenknüffeleien?

(Eigener Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten“.) Paris, 27. April. Der Abgeordnete Boulanger hatte an den Ministerpräsidenten Poincaré einen Brief geschrieben, in dem er erinnerte, daß die Deutschen in früheren Kriegen stets Geiseln genommen hätten für Unterhandlungen, die mit Gefahren verbunden waren. Dies möge von Frankreich jetzt auch in Deutschland befolgt werden. Poincaré hat darauf geantwortet: Es seien weitgehende Maßnahmen zum Schutze der französischen Truppen in Deutschland getroffen worden, um der zunehmenden Anarchie entgegenzutreten.

Eine Entschließung der Rheinischen Zentrumspartei.

Berlin, 27. April. Die Rheinische Zentrumspartei hielt gestern in Königswinter eine außerordentliche Sitzung des Provinzialausschusses in Anwesenheit des Reichsministers Giesberts ab und nahm eine Entschließung an, in der es heißt: Reich und Rhein gehören in Kultur, Geschichte und Wirtschaft seit mehr als hundert Jahren untrennbar zusammen. Niemals werden wir die Erfüllung bestimmter Wünsche aus der Hand einer fremden Macht annehmen. Mehr als die Wünsche haben uns stets nationale Einheit des deutschen Volkes und die unverminderte Festigkeit des Deutschen Reiches bedeutet. Die im Vorjahr mit den Sanktionen gemachten Erfahrungen haben deutlich gezeigt, daß das wirtschaftliche Wohlbefinden des Rheinlandes unlöslich verknüpft ist mit seiner Zugehörigkeit zum Reich. Der unaufhaltsam fortschreitende wirtschaftliche Niedergang des Saarbezirks, dessen hartes Geschick wir mit tiefster Anteilnahme beklagen, läßt in dieser Hinsicht keinen Zweifel aufkommen.

Die große Ölbedürftigkeit Russlands läßt die Frage berechnen, ob der Widerstand der Sowjetisten gegen die Wiedereinführung des Privateigentums bitter ernst zu nehmen ist, oder ob er nur den Zweck hat, das Öl zu erhalten. In letzterem Falle ließe sich denken, daß die Sowjetisten der Wiedereinführung des Privateigentums gleichgültig sind und nur als Hebel dienen sollten, um die schließlich notwendige Uebertragung vorzubereiten. Um hierüber ein abschließendes Urteil fällen zu können, müßte man den letzten Zustand des Kommunismus in Russland genau kennen. Welchen Verlauf dieser Entwicklung und die Veränderungen solcher Art ist das nicht gut möglich, aber ein ungefähres Bild läßt sich doch gewinnen, und zwar auf folgender Grundlage: Die steigende Not hat die Sowjetregierung dazu gezwungen, die mit der Theorie der Abschaffung des Privateigentums nicht vereinbar sind. Das gesamte Eigentum wird den Reichsbürgern vielfach zur pachtweisen Uebernahme angeboten, der Besitz von Geld ist wieder schattiert worden und Private dürfen sogar wieder Banknoten haben. Diese Entwicklung wird getragen und geleitet von einer Richtung unter den Bolschewiki, die den ganzen kommunistischen Stempel gründlich von sich und sich danach löst. Für die aufgeschwemmte Schöpfung wieder des Rechtsbegriffes reifhaftig zu werden, den früher das Privateigentum genoss. Diese Elemente verfolgen eine Art von „Sowjetbourgeoisie“ und können nicht mehr als vollwertige und zuverlässige Vertreter der kommunistischen Prinzipien betrachtet werden. Daneben aber ist noch eine Gruppe von fanatischen Kommunisten vorhanden, die jeder reformierenden Bewegung unzugänglich sind und auf die in Russland noch Rücksicht genommen werden muß. Ob freilich gerade die russischen Bauern von der kommunistischen Wirtschaft so begeistert sind, wie Tschischewin es darstellt, kann fraglich betrachtet werden; sonst wäre doch nicht ein so völliges Verliegen der landwirtschaftlichen Produktion denkbar, daß 25 Millionen Menschen in eine fürchterliche Hungerkatastrophe hineingetrieben sind. Nach alledem ist die Wendung von dem „Wahrheit“, der nach Tschischewin in der Auffassung der Privateigentumsfrage zwischen Russland und den übrigen Nationen stehen soll, wohl mehr als eine Frage des parlier aufzufassen, die den heimischen Kommunisten, soviel ihrer noch da sind, angenehm in den Ohren klingen soll.

Zieht dann aber, wenn die heutigen Führer Sowjet-Russlands innerlich bereit sein sollten, auf die allmähliche Wiedereinführung des Privateigentums hinzuwirken, so bleibt doch der Anzuchtzustand für die fremden Unternehmer bedenklich und bedrohlich, weil die ausgetriebene russische Bevölkerung jederzeit jeden Eingriff in alle Verhältnisse, die etwa zur allmählichen Wiedereinführung des Privateigentums führen könnten, schaltet, sobald die Arbeitslosen Kommunisten ein solches Vorgehen verlangen. Eine die formliche, rechtliche Anerkennung des Privateigentums wird mit dem russischen Volk immer ein hartes Mißverständnis verbunden sein; das darf auch der deutsche Unternehmer nicht vergessen. Die Russen sagen, sie können nicht an die Wiederherstellung der Handelsbeziehungen denken, wenn nicht die Sowjetregierung als zu Recht bestehend anerkannt würde, aber sie wollen nicht die Kolgerung ziehen, als Gegenmaßnahme die Anerkennung des Privateigentums zu gewähren. Das ist und bleibt ein schwerer Mangel. Gleichwohl muß doch einmal ein Anfang gemacht werden, und so man der deutsche Kaufmann und Industrielle, großartig und unternehmungsgeistig wie er ist, schließlich alle Bedenken durch die Erwägung überwinden, daß wer nicht mag, auch nicht kommt. Die Erfahrung wird in sehr bald herausstellen, ob Sowjet-Russland volle geschäftliche Ehrlichkeit zu betätigen imstande ist.

Französische Kritik an Poincaré.

Der „Securité“ des „Revue“ — nur wirtschaftliche Sanktionen verträglich.

Paris, 27. April. Der Professor für Völkerrecht George Scelle hat sich im „Revue“ mit der Rede Poincarés in Bar-le-Duc auseinandergesetzt. Er nennt sie eine veraltete Rede. Denn die französische öffentliche Meinung werde nicht annehmen, daß die Regierung Frankreichs neuerlich in ein Abenteuer besteige, das sich von dem des Jahres 1914 unterscheiden würde. Er würde sich durch, daß Frankreich sich nicht die Initiative habe. Unter der Schärfe der Poincaréschen Worte liege eine Idee, die leicht anständigen werden sei. Zweifellos würde der Versäulter Vertrag nicht annehmbar. Aber man täte besser, an solchen, ob der Vertrag sich überhaupt ausführen lasse. Es handele sich nicht einmal mehr darum, ob die Deutschen ihrerseits ihn noch unausführbar gemacht hätten. Der Vertragsanulassung sei. Ein Vertrag aber, der an seiner Durchführung 45 bis 40 Jahre erfordere, und dessen Ausführung der Politik aller übrigen Nationen stellen anlese, sei undurchführbar. Poincaré möchte die Franzosen überzeugen, daß eine kleine Polizeimaßnahme oder berechtigte Sanktionen maßlos wären, da Deutschland nicht das Recht habe, als leibhaftige Handlung zu betreiben. Wenn aber die Deutschen eine Divisione Generalstabern beibringen könnten, brauchen sie wirklich viel anten Willen, die Sache als leibhaftige Handlung zu betreiben. Scelle nennt den § 17, Abs. 2 zu Artikel VIII des Friedensvertrages eine der schönsten Feiern der modernen Völker. Wieder, dies sei dieser Text noch unverständlich. Er besage einmal, daß das Recht, gewisse Maßnahmen zu treffen, den alliierten und assoziierten Mächten zustehe. Dann lege er aus, daß die in Frage kommenden Maßnahmen seien, so daß also in der ersten Reihe beabsichtigt zu sein scheint, daß diese Maßnahmen nur gemeinsam getroffen werden, und in der letzten Reihe erlaubt zu sein scheint, daß sie individuell beschlossen werden können. Poincaré möchte natürlich die zweite Lesart. Scelle erklärt, man könne mit vollem Rechte behaupten, daß im § 18 des genannten Artikels die neben den wirtschaftlichen und finanziellen Sanktionsmaßnahmen genannten anderen Maßnahmen, so dehnungslos die Ausdrücke sein mögen, von derselben Art sein müßten, wie die im Text spezifizierten, d. h. rein wirtschaftlichen Sanktionsmaßnahmen. Poincaré sei nicht der einzige Zeitschmerz auf der Welt und werde schon einen finden, der ihm die richtige Antwort gebe, wenn er gern in den Krieg ziehen möchte. Der Verfasser findet es ein wenig übermäßig, daß Poincaré für den 31. Mai an die belagerte Genua alle Franzosen appelliert. (W. Z. B.)

Französische Demokraten und Republikaner gegen Poincaré.

Paris, 27. April. Albert Dubarry schreibt in der „Ere Nouvelle“, Frankreich liege heute in der schwersten und schiefsten Lage, weil die, die es seit den Kriegsjahren regierten, keine ganze revolutionäre Vergangenheit verleugnet hätten. Sie hätten sich die Methoden und die Verfassungsverfassung der Länder mit militärischen oder stützen Diktaturen zu eigen gemacht und eine Sprache geführt, die die anderen Nationen nicht mehr beizubehalten und aus der sie geschloffen hätten, daß die französische Demokratie im Imperialismus untergegangen sei. Dagegen müsse es ein neues geben, und zwar ohne Bezug. Die ganze geehrte republikanische Partei und die ganze französische Demokratie müßten sich in geschlossenem Front aufstellen und in die Welt hinausgehen, daß man sie täusche. (W. Z. B.)

Barthou reißt nach Paris.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten“.) Paris, 27. April. Der „Matin“ will wissen, daß Barthou in den nächsten Tagen nach Paris kommen werde, um neue Informationen einzuholen und über die Vorgänge in Genua Poincaré einen ausführlichen Bericht zu geben. Poincaré habe auf Verlangen diese Nachricht nicht bemerkt. (W. Z. B.)

Dresdener Nachrichten Seite 2 Freitag, 28. April 1922 Nr. 199

Denkmal-Vorbereitungsverein, unternehmen weitere Ver-
suche, um zu einer Einigung mit dem Landbund zu gelangen.
— Die Vereinigung für Innere Mission, die großen
Fahrdienstleistungen des Landesvereins für Innere
Mission und ähnlicher Verbände des Landes, finden in diesem
Jahre in den Tagen vom 30. April bis 3. Mai in Dresden
statt. Auf der Hauptversammlung des Landesvereins steht
die Frage der Ausdehnung mit einem Vortrag vom
Landeswart der Evangelischen Jungmännerbünde in
Deutschland, Finsterlin, Leipzig; An der evangelischen
Jugendwerk innerhalb der Kräfte der Gegenwart, in
der Abendveranstaltung wird über zwei Werke berichtet,
die auf ein 50-jähriges Bestehen zurückzuführen können, die
Landschaftsvereine in Moritzburg und das Kindergärtnerinnen-
Seminar in Niederlosnitz. Dazu kommt ein Vortrag vom
Landeswart des Evangelischen Arbeitervereins, Berlin, über
Missions-
trupp, Selbstbetriebe aus Stadt- und Landmission, we-
sentliche Veranstaltungen halten ab der Landesverband für
die weibliche Jugend, der sächsische Kreisverband, der
Landesverband, der Verein zur Hebung der
Landschaft, der Sächsische Evangelistenverein und die
Landschaftsvereine. Einsehende Pläne sind von der Geschäfts-
stelle des Landesvereins für Innere Mission, Dresden-Mitte,
Königsplatz 19, 2, unentgeltlich zu beschreiben. Dort
werden auch für auswärtige Gäste nach Möglichkeit Ver-
einigungen vermittelt.
An der Hauptversammlung der Deutschen
Volkspartei, Ortsgruppe Dresden, heute abend, 10 Uhr, im
Palmenrestaurant, wird auch Reichstagsabgeordneter Dr.
Reiche teilnehmen und nach dem Vortrage des Land-
tagsabgeordneten Klinger zur Beantwortung von Fragen
über die Reichspolitik bereit sein. Eintritt nur gegen Mit-
gliedskarte.

Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband,
Kreis Dresden, veranstaltet am 30. April in Sebnitz
seinen 2. ordentlichen Kreisstag des Kreises Dresden. Die
Tagung veranlaßt werden, eine maßvolle Rundgebung der
nationalsozialistischen Handlungsgehilfen zu werden. Auf der
Tagungsordnung stehen neben dem Bericht des Kreisvorsitzenden,
Geschäftsführer Pieper, Dresden, noch Neuwahlen und
ein Vortrag des Kreisvorsitzenden Wilsch über: „Der
Kampf um die Neuorganisation unserer sozialen Gleichgebung“.
Am Sonntagabend werden sich die Tagungsteilnehmer zu einem
von der Ortsgruppe Sebnitz auf dem vorbereiteten Ver-
einigungsgelände im „Wald“ „Schützenhaus“ versammeln.

— Ausschickung. Der Gau Reichsamt
Sachsen im Gewerkschaftsbund der Arbeiter
teilt am 29. und 30. April in Plauen den 4. G. D. A.
Sachverständigen (Sachverständigen) ab. Rund 100 Ortsgruppen
werden durch Vertreter an der Tagung teilnehmen und zu
wichtigen gewerkschaftlichen, organisatorischen und sozial-
politischen Tagesfragen Stellung nehmen. Den Mittel-
punkt der Tagung bilden eine große öffentliche Rundgebung
am Sonntag vormittag in der Zentralsporthalle, in der der
Landesvorsitzende Walter Schneider, Berlin, über Wirt-
schafts- und Sozialpolitik sprechen wird. Die An-
sprache für den Abend hat der Vorbereder des Verwaltungsausschusses
Leipzig im G. D. A. Landesvorstandmitglied
Josef Reich übernommen.

— Gedenkstunde. Vom 30. April bis 7. Mai er-
folgt in der Markuskirchengemeinde in Dresden-
Reichen eine Gedenkstunde für Weiskamm, neuer
Glocken. Es sind nur die mit einem abgemessenen Aus-
weis versehenen berechtigt, Gedenken zu empfangen.

— Ehe und Weiblichkeit. Das Thema von der Art
des Lebens, das ein Mann innerhalb des Bundes
der Lebensreform am Montag behandelte, Gegen-
stand nicht nur eines öffentlichen Vortrages, sondern ganzer
Vortragsreihen werden, ist auch eine Erziehungsaufgabe der
neuen Zeit. Man kann manches dafür sagen; gewiß, man
kann sich auch fragen, ob die jungen Leute, die gleichmäßig
dabei sitzen, keine eigene Seele haben oder noch zu unreif sind.
Der Vortrag Weiskamm war in einigen Zielsetzungen, das er
dot, auch von ganz anderem Standpunkt aus aufzufassen;
wenn es eine Weiblichkeit gibt, die nie populär, und eine
Populärheit der Weiblichkeit, die nie populär wird, so
dürfte er zur zweiten Hälfte zu rechnen sein. Die Gegen-
stände waren jedenfalls beachtenswert. Weiskamm stellte in
den Vordergrund, das Weib, Leben und Können jedes
Menschen durch seine Sexualität bestimmt werde, das die
von wieder von den Eltern, zu einem Bruchteil auch von
der Erziehung ihre Form empfangen. Das Kindesalter, wie
jedes Alter, habe seine eigene zeitliche Begrenzung. Dore
die Weiblichkeit der Jugendzeit, welche die Kind-
heit bestimmen, zu früh auf, so daß der Einfluss der Ge-
schlechtsdrüsen einen noch unentwickelten Körper überlasten, so
kann schädliche Folgen nach sich ziehen. Die Weiblichkeit
bedeutet die zweite Geburt des Menschen; ihr regelmäßiger
Eintritt geschieht im Mittelalter um 14. bis 15. Jahre, sie
ziehen sich aber 8 bis 10 Jahre hin. Wenn die Weiblichkeit
den Weiblichen, die sie in dem Weiblichen hervor-
zubringen, auch weiblischen, so daß sich die ursprüngliche We-
iblichkeit vom anderen Geschlecht zur Einwendung darauf
verfahre, so fahre innerhalb ihrer die Weiblichkeit zur Ehe
oder auch nur zur bewußten Verknüpfung der erworbenen Anlagen
doch noch nicht. Erst nach vollendetem 21. bis 25. Jahre sei
der Mensch dauerhafter Empfindungen fähig geworden; nun
dürfte er die Weiblichkeit suchen, die erst das vollkommene
Leben schafft, aber er solle es mit einem Plan und mit
klarem Verstand und Willen. Der eigentliche Zweck der
Ehe sei das Kind; die Wahl des Ehepartners müsse darum
unter Berücksichtigung seiner Herkunft und seines körperlich-
geistigen Aufbaus erfolgen. Das Glück der Weiblichkeit werde
nicht auf den Schlachtfeldern und in den Parlamenten ent-
schieden, sondern im ehelichen Gemeinschaftsleben und in der
Kindererziehung. Und die Erziehung beginnt schon am un-
geborenen Kinde, durch die Gedanken, mit welchen die we-
bende Mutter sich erfüllt. — Eine umfangreiche Frauen-
bewegung, vornehmlich ärztlicher Natur, köstet sich an
Die Weiblichkeit der weiblichen Bevölkerung hatte die
Bundesvorsitzende Frau Schübel.

— Der Landesverband zur Förderung des Handwerks-
leitungsunterrichts in Sachsen hielt in Wilschdorf unter
Vorstand des Stadtschulrat Dr. Hartmann, Dresden, seine
31. Hauptversammlung ab. Neben dem geschäftlichen
Verhandlungen boten öffentliche Veranstaltungen Gelegen-
heit, das große Arbeitsgebiet des Verbandes kennen zu
lernen. Mit der Tagung war eine Ausstellung von
Schülerarbeiten verschiedener Lehraufstellungen verbunden.
Die Ausstellung des Wilschdorfer Seminars zeigte in
lehrreicher Weise, wie der Handwerksleitungsunterricht in
den Dienst der Physik, Chemie und Mathematik gestellt wer-
den kann. Ostrot-Schildebrand, Leipzig, hielt im
Namen eines vollständigen Handwerksleitungslehrganges über
Polistik und Hauskunde. In der Handwerks-
leitungslehre führte er eine Reihe von Einrichtungen
und Gebrauchsgegenständen in anschaulicher Weise vor
und zeigte, wie die eine Polistik beschaffen
sein soll. Reichsleiter Lohse, Wilschdorf, zeigte in
humorvollen Schildern ein Bild der reichen Weibliche
von Wilschdorf. Zu den interessantesten Darbietungen
gehörte der Vortrag von Prof. Dr. Düntzer, Wilschdorf,
über die Weiblichkeit der Weiblichkeit mit von Seminars
gekauften Apparaten zeigte er, wie der Handwerksleitungs-
richt ein akademischer Grund und Keller aller Unterrichts-
fächer, besonders des Physikunterrichts, ist. In der Haupt-
versammlung sprach Prof. Dr. Hartmann, Wilschdorf, über
materialerziehung und weiblischen Weiblichkeit und An-
haltischer König, Dresden, über: Mehr Freude im
Weiblichkeit.

— 1921er. Die Vereinigung ehemaliger 192er, 219
Dresden, veranstaltet am Sonntag, den 30. April, einen
Gedächtnisabend nach Weiblich, zu dem alle ehemaligen
192er eingeladen sind. Treffpunkt und Abfahrt: Dresden,
Hauptbahnhof 6.10 Uhr vormittags. Der 192er-Tag 1922
Geschäftshaus Dresden-Mitte, Reichsstraße 15, 2) findet
am 1. September und 1. Oktober 1922 in Dresden im Aus-
stellungssaal statt.

— Filmgesellschaft und Filmwunder werden in einem
Filmwunder gezeigt und erklärt, den die hiesige Ortsgruppe

Injerate für den 1. Mai

müssen für die
Sonntags-Nummer vom 30. April
aufgehoben werden, da unsere Zeitung nach der gesetzlichen
Bestimmung am 1. Mai nicht erscheinen darf. Die Sonntags-
nummer gelangt bereits am Sonnabend nachmittag zur Aus-
gabe, und deshalb bitten wir, **größere Anzeigen bis
Freitag mittag** aufgeben zu wollen. Familien-Anzeigen
für die Sonntagsnummer werden bis Sonnabend 10 Uhr
vormittags angenommen.
Zur Annahme für Anzeigen, die für die Nummer des
2. Mai bestimmt sind, halten wir unsere Hauptgeschäftsstelle
am 1. Mai von 11 Uhr vormittags bis 1/2 1 Uhr mittags offen.
Verlag der Dresdner Nachrichten.

des Reichsbundes Deutscher Technik am 30. April,
vormittags 11 Uhr in den U.-L.-Richtspielen veranstaltet.
Zu diesem Thema spricht der Autor des bekannten Film-
vortrags „Was deutsche Technik Wunder schuf“, Ober-
ingenieur Fritz A. Neuen, Charlottenburg. Besonders
Interesse dürfte die Erklärung „Wie ein Film entsteht“
finden.

— Ueber die Wirkungen des Alkoholverbois in Amerika
wird Montag, den 1. Mai, 1/2 8 Uhr abends, im kleinen
Saale des Vereinshauses der Deutschamerikaner
C. v. Hohensthal sprechen. Bekanntlich stehen sich die
Wirkungen über Erfolg und Mißerfolg eines heil-
umittelten, in seinen Folgen weittragenden Gesetzes
schroff gegenüber.

— Die Landesversammlung des Sächsischen Vereins zur
Hebung der Sittlichkeit ist für Montag, den 1. Mai, 5 Uhr,
nach Annandorfstraße 17, Erdgeschoss, berufen. Es wird über
die Arbeit und über wichtige dringende Gegenwärtig-
fragen berichtet. Direktor H. Küllerau aus
Berlin-Dahlem vom Zentral-Ausschuss für Innere Mission
wird das Thema behandeln: „Wie eine und be-
sondere Ethik“. Der Eintritt ist frei. Näheres durch die
Geschäftsstelle, Dresden-M., 6, Theresienstraße 1, 1.

— Im Landesmuseum für Sächsische Volkskunst,
Dresden-M., Alexanderstr. 1 (beim Circus) ist zur Freude
aller Kinder und solcher, die sich ein kindliches Gemüt be-
wahrt haben, ein großer Guckkasten aus dem
18. Jahrhundert aufgestellt worden. Gegenwärtig
bringt er eine Stadtschau. Die Fenster der Paläste,
Kirchen und Häuser sind sichtlich bunt erleuchtet. Spasie-
ränger, Säulen und Reiter beleben die Straße und geben
ein charakteristisches Bild jener Tage. Von Zeit zu Zeit
werden die Prospektive gewechselt, so daß der alte Guckkasten,
der aus einer Dresdner Familie stammt, immer neue
Freuden bringt. Das Museum ist übrigens außer vor-
mittags von 9-2 Uhr, Sonntags von 11-1 Uhr auch noch
Mittwochs und Sonnabends von 4-8 Uhr geöffnet.

— Städt. Mädchen-Gewerbe- und Handlungsschule Dresden.
Die Aufnahme der Tageshüterinnen für gewerbliche und
hauswirtschaftliche Klassen (Vollunterricht und Ergänzung-
unterricht) findet am 2. Mai zu den bereits bekannt ge-
gebenen Zeiten statt, nicht am 1. Mai.

— Verband nationalsozialistischer Soldaten E. S. In der
letzten Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Dresden
des Verbandes nationalsozialistischer Soldaten ist einstimmig be-
schlossen worden, das Andenken des kürzlich verstorbenen
sächsischen Oberführers Generaloberst Freiherr v. Daulen ha-
durch zu ehren, daß die Ortsgruppe nunmehr den Namen
führt: „Verband nationalsozialistischer Soldaten E. S. Gruppe
von Daulen, Dresden“.

— Denkmalsweihung ehem. 107er auf dem Südfriedhof
in Leipzig. Der für den 6. und 7. Mai in Leipzig ge-
planten Weihung des Ehrenmals für die gefallenen An-
gehörigen der Feldregimenter aktiv, Reserve und Landwehr
107, sowie der damit verbundene allgemeine 107er-Tag in
Leipzig geht am 6. Mai ein Begräbnis-Kommers der drei
verschiedenen Weipziger 107er-Vereinigungen voraus. Die
am Sonntag, 7. Mai, vormittags auf dem Südfriedhof in
Leipzig stattfindende Ehrenmalweihung wird ein be-
sonderes Gepräge durch die Mitwirkung des gesamten Leipziger
Männerchores erhalten; die Weihrede hat Herr
Waldhauer-Leipzig übernommen. Sonntag nachmittag
wird ein kameradschaftlicher Abschiedskommers aller 107er-
Vereinigungen in sämtlichen Sälen des Zoologischen
Gartens in Leipzig die Teilnehmer und auswärtigen Re-
giments-Kameraden aufnehmen. Kameraden, an deren
Wohnorten keine 107er-Vereinigung besteht, erhalten Auf-
kunft an nachstehenden Stellen: die Aktiven durch H. Kurth,
Hauptmann-Weiß, Leipzig, Dainstraße, Reserve: H. Kurth,
Rote Elbbrücke, Leipzig, Reichsstraße 15, und Landwehr:
C. Anspitz, Guckelstraße, Brühl 4.

— Die Auslandsmission des Deutschen Ausland-Ausschusses
in der Auditionsabteilung des Deutschen Ostasiens-Museums
am Zwinger wird am Sonntag, den 30. April, abends
geschlossen. Auch an diesem letzten Tage finden noch öffent-
liche Vorträge statt und zwar vormittags 11 und nach-
mittags 5 Uhr.

— Gaus Stolzenberg Künstlerspiele können Ende dieses
Monats auf ein einjähriges Bestehen zurückgeführt. Heute,
Freitag, wird aus diesem Anlaß ein Frühlingfest
veranstaltet.

— Marktschiffe. Kommen Sonntag findet auf dem
Marktschiffhafen abends 6 Uhr die 1. diesjährige Friedbois-
andacht statt.

— Büchereischule (Winkelmannstraße 4). Heute, Freitag,
abends 1/2 8 Uhr, beginnt Dr. Hans Günther seinen mit Licht-
bildern unterstützten Vortrag „Mittelpunkt des deutschen Volk-
es“.

— Kreisvereinsveranstaltungen. Stadtbund der Dresdner
Frauenvereine. Morgen, Sonnabend, abend 7 Uhr,
Winkelmannstraße 4: Fortschrittinnenversammlung (Vorhand-
lung). Am nächsten auf die Versammlung um 8 Uhr Vortrag von
Dr. G. v. Böhmer: „Was können die Frauen gegen das Radfahren
tun?“, mit allgemeiner Aussprache. Zu dem Vortrag haben alle
Mitglieder der anwesenden Vereine, sowie Gäste Zutritt. — Die
Mitglieder der Frauenvereine der Ortsgruppe Johanna-
Koch-Strießen — Gruna werden dringend zu einer Ver-
sammlung Dienstag, den 2. Mai, abends 8 Uhr im Gasthaus zum
Pommern eingeladen. Dr. Gronau spricht. Musikalische Dar-
stellungen umziehen den Vortrag. — Verein für das
Deutschtum im Ausland. Mädchen-Ortsgruppe.
Mittwoch, den 3. Mai: Wanderausflug nach Collohaube. Treff-
punkt 1/2 11 Uhr abends. Endstation der Strassenbahn, Collohaube.
— Gaus Adolfs-Frauenverein. Heute, Freitag:
Vortrag: „Wiederholungs-Vortrag“, Pflanzstraße 1, 2, von 4 bis 8 Uhr.
— Deutschnationale Volkspartei, Gruppe Vorkath-
Plauen, Plauen, den 2. Mai, abends 1/2 8 Uhr: Familien-
abend im Festsaal des Plauer Hotels mit Vortrag des Landtagsabgeordneten
Klinger über Gegenwärtigfragen. Gäste willkommen. — Verband
der Rechtsanwältinnen und Notariatsangehörigen.
Die nächste Monatsversammlung findet erst am Montag, den
8. Mai, 1/2 8 Uhr statt.

— Vorträge für Handweberinnen und künstlerische Hand-
arbeiten, verbunden mit einer Beratung- und Fortschrittsstelle für
Handarbeit, finden ab 1. Mai nach eingehenden Vorarbeiten Frau
v. Hohensthal und Frau v. Koppelman im Leben. Sie führen
sich dabei auf die überaus dankenswerten Erfolge, die ein gleiches
Unternehmen in Köln auf dem weiten Gebiet der Handarbeit zu
verzeichnen hat. Nichtweggehend sollen namentlich Beschrän-
kungen sein, in denen allen Teilnehmerinnen das an die Hand gegeben
werden soll, was zurzeit die besten Ansichten die sich nach
bringen unter möglichster Ausnutzung des Zwischenschaltens
beruhen an lassen. Anmeldekarten von Frauen und Fort-
schrittsstellen für die Beschränkung werden Annandorfstraße 2b ent-
gegengenommen.

— Die diesjährigen Sommerkonzerte in Dresden-Weiß-
Hirsch finden von Sonntag Mai bis Mitte September (Friedland,
Mittwochs und Sonnabends im Waldpark Weißer Hirsch, Donner-
stags im Waldpark Wilschdorf) statt. Bei unglücklicher Witterung an
denselben Tagen Sanktseier. Beginn 4 Uhr nachmittags.

— Töblich verunglückt ist der in Rausch bei Dresden wohn-
hafte 10 Jahre alte Hosenbinder Adolf Tischer, als er auf
seinem Wege von der Rauscher Höhe nach der Bräunmühle hinab-
fuhr und an einer Wiegung der Straße in den Straßenlauf stürzte.

— Pirna. Eine aus drei Personen bestehende Familie
aus Neuhof bei Peterswalde in Wöhmen wurde fest-
genommen, weil sie in verschiedenen Geschäften Einkäufe
gemacht hatte, um sie dann über die Grenze zu
schmuggeln. Die Frau blieb in Haft, während der
Mann und das Kind gegen Sicherheitsleistung entlassen
wurden.

— Callenberg bei Hohenstein-Ernstthal. Für 100 000 Mk.
gefärbte Kunstseide wurde durch Einbrecher bei der hiesigen
Firma Robert Wilmann gestohlen.

— Hartmannsdorf bei Wurchwitz. Töblich verunglückt
ist infolge eines Autorabdrucks, bei dem er aus dem Wagen
geschleudert wurde, der 18jährige Georg Albrecht Höber
von hier. Ein mit im Wagen stehender hiesiger Fabrikant
wurde schwer verletzt.

— Aumens. In der Nacht zum Mittwoch verfuhrte der
Arbeiter Freudenberger hier selbst einmal seine Frau in
einem etwa 5 Meter tief mit Wasser angefüllten Steinbruch
zu ertränken. Die Frau vermochte sich jedoch un-
bemerkelt an das Ufer zu retten und entkam. Ein mit Gift
gemischtes Getränk kostete der Ermordung der beiden
Kinder dienen. Freudenberger wurde verhaftet und ins
Amtsgerichtsgefängnis eingeliefert.

— Sebnitz. Der Geschäftsbetrieb in der Blumen-
industrie ist außerordentlich stark, was daraus erhellt, daß
einzelne Fabriken Vorräte bis zu 4 000 Mk. an einem
einzigigen Tage hatten.

Kindesittung vor den Geschworenen.

Ein trübes Sittenbild wurde in der Verhandlung auf-
gezeigt, die sich gegen die ledige, 1893 zu Hofweil geborene,
dabei auch bei den Eltern wohnhaft gewesene Arbeiterin
Margarete Marie Nowarra richtete. Nach dem Er-
öffnungsbeschluss wird der Angeklagten zur Last gelegt, am
14. Dezember vergangenen Jahres vorläufig ihre am
14. gleichen Monats geborene Tochter Lotte Aile getötet und
sich demnach des Totschlages schuldig gemacht zu haben. Die
Nowarra gab an, daß es bereits die vierte Geburt gewesen
sei. Für den zehnjährigen Knaben bekomme sie vom Vater
Unterhalt, für das zweite, jetzt sechs Jahre alte Kind,
müsse sie allein sorgen, den Vater habe sie nicht ermitteln
können. Nach der dritten Niederkunft sei das Kind in den
Abort gefallen, und darin erstickt, ein damals wegen Kindes-
tötung eingeleitetes Verfahren sei eingeleitet worden. Land-
schaftsgerichtsdirektor Dr. Anoth führte aus, daß bei der dritten
Geburt bereits sehr ernster Verdacht einer vorläufigen
Kindesittung vorhanden habe. Die Geburt der Lotte sei in
der Frauenklinik erfolgt, am 11. Dezember habe man sie mit
dem Kinde entlassen. Da ihre Eltern gekauert hätten, so
solle nicht wieder mit einem Kinde nach Hause kommen,
habe sie eine Bekannte, in der Döbelner Straße wohnhafte
Frau Richter aufsucht. Am 14. Dezember hat die An-
geklagte das kleine Mädchen betraut einzuwaschen, das es er-
halten mühe. Als Sachverständiger befragte Regierungs-
Medizinalrat Dr. Döpe, daß der Tod durch Ertrinken ein-
getreten sei. Den Anträgen des Staatsanwaltes und der
Verteidigung entsprechend wurde die Nowarra des Tot-
schlages für schuldig befunden, ihr aber von den Ge-
schworenen mildernde Umstände zugesprochen. Das Urteil
lautete unter Anrechnung der Unterhofsstrafe auf drei
Jahre Gefängnis und fünf Jahre Ehrenrechtsverlust.

Aus den amtlichen Behauptungen.

Arbeiterzählung am 2. Mai. Die Fragebogen für die
diesjährige Arbeiterzählung werden bis heute, Freitag, durch
sämtliche Beamte bei der Zählung in Betracht kommenden
Gewerbeunternehmern ausgehändigt. Sie sind nach dem
Stand vom 2. Mai sorgfältig auszufüllen und von
Sonnabend, den 6. Mai, ab zur Wiederholung be-
reitet zu halten. Die für die Arbeiterzählung hierauf in Be-
tracht kommenden Gewerbeunternehmer, die bis heute,
28. April, keine Zahlkarte empfangen haben, ersucht der Rat,
dies dem Statistischen Amt, Breite Straße 7, 3., oder einer
Stadtdirektionsinspektion sobald zu melden und die erforder-
lichen Zahlkarten dabeist in Empfang zu nehmen.

Konkurrenz, Zahlungsanstellungen usw. Im Dresdner
Amtsgerichtsdirektor: Ueber das Vermögen der Weiskamm
besitzt die Weiskamm, Papiererzeugung, Gesellschaft mit be-
schäftigter Leistung, in Dresden, Wilschdorf 2, in das Konkurs-
verfahren eingetragene, jetzt bezirkslose Grundstück,
31 Ar groß und auf 144 000 Mk. geschätzt; es besteht aus Wohn-
gebäude und Hofraum, liegt in Dresden-Johannstadt, Perle-
straße 8, Ecke Theresienstraße, und ist im Erdgeschoss zum Gast-
wirtschaftsbetriebe eingerichtet.

Konkurs, Zahlungsanstellungen usw. Im Dresdner
Amtsgerichtsdirektor: Ueber das Vermögen der Weiskamm
besitzt die Weiskamm, Papiererzeugung, Gesellschaft mit be-
schäftigter Leistung, in Dresden, Wilschdorf 2, in das Konkurs-
verfahren eingetragene, jetzt bezirkslose Grundstück,
31 Ar groß und auf 144 000 Mk. geschätzt; es besteht aus Wohn-
gebäude und Hofraum, liegt in Dresden-Johannstadt, Perle-
straße 8, Ecke Theresienstraße, und ist im Erdgeschoss zum Gast-
wirtschaftsbetriebe eingerichtet.

Konkurs, Zahlungsanstellungen usw. Im Dresdner
Amtsgerichtsdirektor: Ueber das Vermögen der Weiskamm
besitzt die Weiskamm, Papiererzeugung, Gesellschaft mit be-
schäftigter Leistung, in Dresden, Wilschdorf 2, in das Konkurs-
verfahren eingetragene, jetzt bezirkslose Grundstück,
31 Ar groß und auf 144 000 Mk. geschätzt; es besteht aus Wohn-
gebäude und Hofraum, liegt in Dresden-Johannstadt, Perle-
straße 8, Ecke Theresienstraße, und ist im Erdgeschoss zum Gast-
wirtschaftsbetriebe eingerichtet.

Konkurs, Zahlungsanstellungen usw. Im Dresdner
Amtsgerichtsdirektor: Ueber das Vermögen der Weiskamm
besitzt die Weiskamm, Papiererzeugung, Gesellschaft mit be-
schäftigter Leistung, in Dresden, Wilschdorf 2, in das Konkurs-
verfahren eingetragene, jetzt bezirkslose Grundstück,
31 Ar groß und auf 144 000 Mk. geschätzt; es besteht aus Wohn-
gebäude und Hofraum, liegt in Dresden-Johannstadt, Perle-
straße 8, Ecke Theresienstraße, und ist im Erdgeschoss zum Gast-
wirtschaftsbetriebe eingerichtet.

Konkurs, Zahlungsanstellungen usw. Im Dresdner
Amtsgerichtsdirektor: Ueber das Vermögen der Weiskamm
besitzt die Weiskamm, Papiererzeugung, Gesellschaft mit be-
schäftigter Leistung, in Dresden, Wilschdorf 2, in das Konkurs-
verfahren eingetragene, jetzt bezirkslose Grundstück,
31 Ar groß und auf 144 000 Mk. geschätzt; es besteht aus Wohn-
gebäude und Hofraum, liegt in Dresden-Johannstadt, Perle-
straße 8, Ecke Theresienstraße, und ist im Erdgeschoss zum Gast-
wirtschaftsbetriebe eingerichtet.

Konkurs, Zahlungsanstellungen usw. Im Dresdner
Amtsgerichtsdirektor: Ueber das Vermögen der Weiskamm
besitzt die Weiskamm, Papiererzeugung, Gesellschaft mit be-
schäftigter Leistung, in Dresden, Wilschdorf 2, in das Konkurs-
verfahren eingetragene, jetzt bezirkslose Grundstück,
31 Ar groß und auf 144 000 Mk. geschätzt; es besteht aus Wohn-
gebäude und Hofraum, liegt in Dresden-Johannstadt, Perle-
straße 8, Ecke Theresienstraße, und ist im Erdgeschoss zum Gast-
wirtschaftsbetriebe eingerichtet.

Konkurs, Zahlungsanstellungen usw. Im Dresdner
Amtsgerichtsdirektor: Ueber das Vermögen der Weiskamm
besitzt die Weiskamm, Papiererzeugung, Gesellschaft mit be-
schäftigter Leistung, in Dresden, Wilschdorf 2, in das Konkurs-
verfahren eingetragene, jetzt bezirkslose Grundstück,
31 Ar groß und auf 144 000 Mk. geschätzt; es besteht aus Wohn-
gebäude und Hofraum, liegt in Dresden-Johannstadt, Perle-
straße 8, Ecke Theresienstraße, und ist im Erdgeschoss zum Gast-
wirtschaftsbetriebe eingerichtet.

Konkurs, Zahlungsanstellungen usw. Im Dresdner
Amtsgerichtsdirektor: Ueber das Vermögen der Weiskamm
besitzt die Weiskamm, Papiererzeugung, Gesellschaft mit be-
schäftigter Leistung, in Dresden, Wilschdorf 2, in das Konkurs-
verfahren eingetragene, jetzt bezirkslose Grundstück,
31 Ar groß und auf 144 000 Mk. geschätzt; es besteht aus Wohn-
gebäude und Hofraum, liegt in Dresden-Johannstadt, Perle-
straße 8, Ecke Theresienstraße, und ist im Erdgeschoss zum Gast-
wirtschaftsbetriebe eingerichtet.

Konkurs, Zahlungsanstellungen usw. Im Dresdner
Amtsgerichtsdirektor: Ueber das Vermögen der Weiskamm
besitzt die Weiskamm, Papiererzeugung, Gesellschaft mit be-
schäftigter Leistung, in Dresden, Wilschdorf 2, in das Konkurs-
verfahren eingetragene, jetzt bezirkslose Grundstück,
31 Ar groß und auf 144 000 Mk. geschätzt; es besteht aus Wohn-
gebäude und Hofraum, liegt in Dresden-Johannstadt, Perle-
straße 8, Ecke Theresienstraße, und ist im Erdgeschoss zum Gast-
wirtschaftsbetriebe eingerichtet.

Konkurs, Zahlungsanstellungen usw. Im Dresdner
Amtsgerichtsdirektor: Ueber das Vermögen der Weiskamm
besitzt die Weiskamm, Papiererzeugung, Gesellschaft mit be-
schäftigter Leistung, in Dresden, Wilschdorf 2, in das Konkurs-
verfahren eingetragene, jetzt bezirkslose Grundstück,
31 Ar groß und auf 144 000 Mk. geschätzt; es besteht aus Wohn-
gebäude und Hofraum, liegt in Dresden-Johannstadt, Perle-
straße 8, Ecke Theresienstraße, und ist im Erdgeschoss zum Gast-
wirtschaftsbetriebe eingerichtet.

Konkurs, Zahlungsanstellungen usw. Im Dresdner
Amtsgerichtsdirektor: Ueber das Vermögen der Weiskamm
besitzt die Weiskamm, Papiererzeugung, Gesellschaft mit be-
schäftigter Leistung, in Dresden, Wilschdorf 2, in das Konkurs-
verfahren eingetragene, jetzt bezirkslose Grundstück,
31 Ar groß und auf 144 000 Mk. geschätzt; es besteht aus Wohn-
gebäude und Hofraum, liegt in Dresden-Johannstadt, Perle-
straße 8, Ecke Theresienstraße, und ist im Erdgeschoss zum Gast-
wirtschaftsbetriebe eingerichtet.

Konkurs, Zahlungsanstellungen usw. Im Dresdner
Amtsgerichtsdirektor: Ueber das Vermögen der Weiskamm
besitzt die Weiskamm, Papiererzeugung, Gesellschaft mit be-
schäftigter Leistung, in Dresden, Wilschdorf 2, in das Konkurs-
verfahren eingetragene, jetzt bezirkslose Grundstück,
31 Ar groß und auf 144 000 Mk. geschätzt; es besteht aus Wohn-
gebäude und Hofraum, liegt in Dresden-Johannstadt, Perle-
straße 8, Ecke Theresienstraße, und ist im Erdgeschoss zum Gast-
wirtschaftsbetriebe eingerichtet.

Konkurs, Zahlungsanstellungen usw. Im Dresdner
Amtsgerichtsdirektor: Ueber das Vermögen der Weiskamm
besitzt die Weiskamm, Papiererzeugung, Gesellschaft mit be-
schäftigter Leistung, in Dresden, Wilschdorf 2, in das Konkurs-
verfahren eingetragene, jetzt bezirkslose Grundstück,
31 Ar groß und auf 144 000 Mk. geschätzt; es besteht aus Wohn-
gebäude und Hofraum, liegt in Dresden-Johannstadt, Perle-
straße 8, Ecke Theresienstraße, und ist im Erdgeschoss zum Gast-
wirtschaftsbetriebe eingerichtet.

Konkurs, Zahlungsanstellungen usw. Im Dresdner
Amtsgerichtsdirektor: Ueber das Vermögen der Weiskamm
besitzt die Weiskamm, Papiererzeugung, Gesellschaft mit be-
schäftigter Leistung, in Dresden, Wilschdorf 2, in das Konkurs-
verfahren eingetragene, jetzt bezirkslose Grundstück,
31 Ar groß und auf 144 000 Mk. geschätzt; es besteht aus Wohn-
gebäude und Hofraum, liegt in Dresden-Johannstadt, Perle-
straße 8, Ecke Theresienstraße, und ist im Erdgeschoss zum Gast-
wirtschaftsbetriebe eingerichtet.

Seite 4
Sachsen Nachrichten
Freitag, 28. April 1922
Nr. 199

Verkehr und Sport

stellen an Rad und Auto große
Anforderungen. Beide brauchen
gute Reifen. Unzählige Erfolge
in Rennen u. Zuverlässigkeitsfahr-
ten sprechen für die Qualität der

Continental

Reifen

Schuhschutz
Glänzt im Nu und erhält die Schuh

Pilo

